

Niederschrift

über die 33. öffentliche Sitzung des Beirates Obervieland
am Dienstag, den 13.09.2022 von 19:00 Uhr bis 20:40 Uhr im Bürgerhaus Obervieland,
Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen

Anwesende:

Beiratsmitglieder: Frau Becker, Herr Cürückkaya, Frau Dahnken, Herr Danisch, Herr Faber, Frau Hey (Online-Teilnahme), Frau Klaassen, Frau Kovač, Frau Loroff (ab 19.25 Uhr, Online-Teilnahme), Herr Markus, Herr Nummensen, Herr Sachs, Herr Steinmeyer

Fehlend: Herr Fabian (e), Herr Peters (e), Herr Seidel (e), Herr Stehmeier (e), Herr Zeller (e)

Gäste: Frau Galle, (Amt für Soziale Dienste/AfSD), Herr Sommer (Umweltbetrieb Bremen/UBB, Online-Teilnahme)

Sitzungsleitung: Michael Radolla, Ortsamt Obervieland

Protokoll: Theodor Dorer, Ortsamt Obervieland

Der Sitzungsleiter begrüßt die Beiratsmitglieder, Referent:innen und Zuschauer:innen im Sitzungssaal, in der Online-Konferenz sowie im Livestream und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Der Sitzungsleiter schlägt vor, den TOP 5 um einen Initiativantrag des Beirates Obervieland „4. Treffen Runder Tisch Klinikum Links der Weser“ zu ergänzen. Frau Dahnken weist bereits an dieser Stelle auf weiteren Erörterungsbedarf ihrer Fraktion zu diesem Antrag hin.

Beschluss: Der Beirat stimmt der Tagesordnung mit der vorgenannten Ergänzung zu. (Einstimmige Zustimmung, 12 Ja-Stimmen)

TOP 2: Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OJA) im Stadtteil

dazu: Vertreter:innen des Amtes für Soziale Dienste/AfSD

Der Sitzungsleiter teilt einleitend mit, das AfSD habe bereits bei der Mittelverteilung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OJA) für das Haushaltsjahr 2022 im vergangenen Dezember angekündigt, für die folgenden Haushaltsjahre eine neue Grundlage für die Mittelverteilung im Stadtteil bilden zu wollen. Hintergrund sei, dass in der Vergangenheit die Mittelverteilung bei insgesamt zu geringen Mitteln stets nach dem sogenannten „Gießkannenprinzip“ (Zuwendungen nach gleichem Prinzip ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Verhältnisse) erfolgte. Auch die notwendigen Kürzungen der jeweiligen Antragssummen der beteiligten Träger orientierten sich an diesem Prinzip. Dies habe in der Folge dazu geführt, dass insbesondere einzelne Kattenturmer Einrichtungen mittlerweile aufgrund der anhaltenden Kürzungen zunehmend in ihrer Existenz bedroht sind.

Vor diesem Hintergrund habe das AfSD dem Controllingausschuss (CA) bereits vor den Sommerferien einen Mittelverteilungsvorschlag für die künftigen Haushaltsjahre unterbreitet, der auf statistischen Erhebungen der für die Förderung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OJA) maßgeblichen Zielgruppen in den einzelnen Ortsteilen basiert.

Anschließend erläutert **Frau Galle** dem Beirat das neue Vergabemodell. In diesem soll zukünftig die für die Offene Kinder- und Jugendarbeit relevante Kernzielgruppe (Jugendliche zwischen 12 und 21 Jahren, gewichtet nach relevanten Sozialindikatoren) die maßgebliche Grundlage für die Mittelverteilung bilden.

Die Verteilung dieser gewichteten Kernzielgruppe auf die Obervieländer Ortsteile stellt sich prozentual wie folgt dar: Arsten: 11,7 %, Habenhausen: 6,1 %, Kattenesch: 7,1 % und Kattenturm 75,1 %.

Dem gegenübergestellt beträgt die bisherige Verteilung der OJA-Mittel auf die Ortsteile: Arsten: rund 9%, Habenhausen: rund 39% und Kattenturm (im Verbund mit Kattenesch) rund 52,0 %.

Bei diesem Vergleich wird deutlich, dass in Bezug auf die gewichtete Kernzielgruppe die Mittelzuweisung für Habenhausen (derzeit einzige Einrichtung im Ortsteil ist die Kinder- und Jugendfarm) aktuell deutlich zu hoch und die für Kattenturm im Verbund mit Kattenesch (Kattenesch ohne eigene Einrichtung) deutlich zu gering ist.

Ausgehend von diesem derzeitigen Missverhältnis habe das AfSD daher einen Vorschlag für die Mittelverteilung künftiger Haushaltsjahre in den CA eingebracht.

Vorgeschlagen wird, den künftigen Anteil für Habenhausen (und damit der Kinder- und Jugendfarm) am jeweiligen Gesamtbudget auf insgesamt 25% zu deckeln. Mit Blick auf den Anteil Habenhausens an der gewichteten Zielgruppe (6,1 %) hätte dieser Anteil eigentlich noch geringer ausfallen müssen. Dies hätte jedoch faktisch die Schließung der Einrichtung bedeutet und wäre vor diesem Hintergrund nicht verantwortbar gewesen. Ausgehend vom aktuellen Budget in Höhe von rund 488.000 € (für 2023 ist eine Erhöhung von rund 1.600,00 € vorgesehen) mache dieser Schritt eine Absenkung der Mittelzuweisung von rund 190.000,00 € auf dann neu rund 125.000,00 € und somit dann eine Differenz von rund 65.000,00 € aus. Mit diesen freiwerdenden Mitteln soll dann eine Stärkung des Ortsteils Kattenturm erfolgen.

Zusätzlich wurde vorgeschlagen, die (Zusatz-) Förderung der Angebote von VAJA (derzeit in Kattenturm) auf 15.000,00 € zu begrenzen. Die Grundfinanzierung der Streetwork-Arbeit erfolgt über den sogenannten „Cliquentopf“ des Ressorts. Mehrbedarfe oberhalb der Förderung im Stadtteil müssten dann über die Grundfinanzierung angemeldet werden. Zudem sollte es das Ziel bleiben, die Arbeit von VAJA vollständig über den „Cliquentopf“ finanzieren zu können.

Weiterhin wird vorgeschlagen, mögliche Projektförderungen in Arsten und Kattenturm auf insgesamt 5.000,00 € zu begrenzen.

Die Träger hatten sich dann in den Sommerferien untereinander zu diesen Vorschlägen des AfSD verständigt und in diesem Zuge einen modifizierten Vorschlag erarbeitet, der dann im Rahmen einer CA-Sitzung am 25.08.2022 nochmals auf der Grundlage gemeinsamer Diskussionen und Überlegungen angepasst wurde. Im Ergebnis hat der CA dann einstimmig (AfSD, Beiratsvertreter und Trägervertreter:innen) folgende Grundlagen für die künftige Mittelverteilung beschlossen:

- Der CA stimmt dem vorgelegten Mittelverteilungsvorschlag des AfSD grundsätzlich zu.
- Die Absenkung auf 25% des Gesamtbudgets für den Ortsteil Habenhausen (derzeit einzige Einrichtung Kinder- und Jugendfarm) soll allerdings über ein Stufenmodell erfolgen. Für das Haushaltsjahr 2023 soll zunächst eine maximal 5%-tige Absenkung vorgesehen und für das Haushaltsjahr 2024 eine Neubewertung der dann vorliegenden Rahmenbedingungen vorgenommen werden. Unabhängig davon soll die Absenkung auf 25% des Gesamtbudgets dann aber für die Vergabe des Haushaltsjahres 2025 erreicht sein.

Herr Markus bedankt sich für die Ausführungen. Er kritisiert das bisher praktizierte „Gießkannenprinzip“, durch dessen Anwendung in der Vergangenheit einige Einrichtungen deutlich in Schieflage geraten sind. Er begrüßt daher den nun gemeinsam mit allen Akteuren gefundenen Kompromiss und schlägt vor, diesen auch seitens des Beirates per Beschluss zu unterstützen.

Auf Nachfrage von **Herrn Nummensen** erläutert Frau Galle, dass sich die Anteile Habenhausens in Höhe von bislang 40 % bzw. künftig 25 % auf das Gesamtbudget des Stadtteils für die Offene Kinder- und Jugendarbeit bezögen. Diese habe im Haushaltsjahr 2022 rund 488.000,00 € betragen.

Herr Sachs mahnt eine dringend notwendige Aufstockung des Stadtteilbudgets an und weist auf die Bedeutung der Kinder- und Jugendfarm insbesondere im Bereich Kita und Grundschule auch für die anderen Ortsteile hin.

Frau Galle macht deutlich, dass genau dieser Aspekt das eigentliche Problem darstelle. Der Bereich Kita und Grundschule beziehe sich eben nicht auf die relevante OJA-Zielgruppe und könne daher auch grundsätzlich nicht über dieses Budget gefördert werden. Hier müsse vielmehr das Bildungsressort in die Pflicht genommen werden, sich mit einem angemessenen Anteil an diesen Bedarfen zu beteiligen.

Herr Danisch ist der Ansicht, dass sich die Verteilung der Mittel an den Stadtteilgrenzen und nicht an denen der Ortsteile orientieren sollte.

Frau Dahnken stellt fest, dass bei weiter steigenden Kosten und gleichem Budget künftig nicht alle Angebote erhalten werden könnten. Sie beschreibt die vielfältigen Angebote im Stadtteil und fordert für deren Erhalt ebenfalls dringlich eine Aufstockung des OJA-Budgets.

Frau Hey fordert ebenfalls eine Mittelaufstockung, sieht hier aber auch die anderen Senatsressorts (z.B. Inneres) in der Pflicht.

Herr Markus schlägt abschließend nochmals vor, den Beschluss des CA zur zukünftigen Mittelverteilung zu unterstützen und der Beirat fasst folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland unterstützt den am 25.08.2022 im Controllingausschuss Obervieland einstimmig gefassten Beschluss zu den Grundzügen der künftigen Mittelverteilung für die Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil Obervieland.

Dieser Beschluss sieht eine künftige Deckelung der Zuwendungen für den Ortsteil Habenhausen (derzeit einzige Einrichtung in Habenhausen ist die Kinder- und Jugendfarm) auf 25 % (bislang rund 40 %) des jeweiligen Jahresbudgets für die Offene Kinder- und Jugendarbeit vor. Im kommenden Haushaltsjahr soll dabei allerdings zunächst eine maximal 5%-ige Absenkung der Mittel erfolgen, die Deckelung auf 25 % dann spätestens bis zur Vergabe im Haushaltsjahr 2025 erreicht sein. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen dann zur Stärkung des Ortsteils Kattenturm eingesetzt werden.

Den Hintergrund der veränderten Mittelverteilung bildet eine aktuelle statistische Auswertung der für die Offene Kinder- und Jugendarbeit relevanten Zielgruppen in den einzelnen Ortsteilen seitens des Sozialressorts. Dabei ist deutlich geworden, dass sich hier derzeit ein deutliches Missverhältnis zur tatsächlichen Mittelverteilung in den Ortsteilen widerspiegelt (in Habenhausen 6 % der für die Offene Kinder- und Jugendarbeit im Gesamtstadtteil relevanten Zielgruppe = rund 40 % des Gesamtbudgets, in Kattenturm 75 % der relevanten Zielgruppe = rund 50 % des Gesamtbudgets).

Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Enthaltung, Herr Faber: Ja, Frau Hey: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Nummensen: Enthaltung, Herr Sachs: Ja, Herr Steinmeyer: Ja (Einstimmige Zustimmung, 11 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 3: Maßnahmen zur Finanzierung/Umsetzung aus dem Stadtteilbudget bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau/SKUMS

hier: Mögliche Bepflanzung der Grünflächen in Mittellage an der Habenhauser Brückenstraße

Herr Sommer stellt dem Beirat die geplante Maßnahme vor. Auf diesen Flächen an der Habenhauser Brückenstraße (Mittellage) soll eine biodiverse Mischung aus ganzjährig blühenden Zwiebelpflanzen und Kräutern durchgeführt werden mit dem Ziel, dort zusätzlichen Lebensraum für Insekten zu schaffen. Die nicht heimischen Zwiebelpflanzen seien dabei bewusst gewählt worden, um aufgrund veränderter klimatischer Bedingungen Arten zu finden, die eine verbesserte Anpassung an diese Bedingungen versprechen. Durch die Mittellage der Flächen sei die Wahrscheinlichkeit für ein Überspringen auf die benachbarten Flächen nahezu ausgeschlossen.

Herr Markus fragt, ob es sich bei der Maßnahme nicht um die Erfüllung originärer Aufgaben des UBB handele. Grundsätzlich begrüße er jedoch die Maßnahme.

Frau Hey möchte wissen, was nach der Frühlingsblüte mit der Fläche passiere. Sie möchte auch wissen, wie und in welcher Form einer möglichen Vermüllung entgegengewirkt werden kann.

Herr Sommer führt aus, dass die vorgesehenen Flächen nicht in das Programm zur Bildung biodiverser Flächen gehörten. Daher könnte sich der UBB hier auch nur anteilig einbringen. Aufgrund der Zwiebelmischung könne von einem nahezu ganzjährigen Blütenstand ausgegangen werden. Hinsichtlich der Vermüllung hoffe er auf einen sorgsamen und achtsamen Umgang mit der Fläche.

Frau Dahnken weist auf die erforderliche Pflege einer solchen Anlage hin.

Herr Sachs befürchtet langfristig eine Verunkrautung der Fläche und fragt nach möglichen Gegenmaßnahmen.

Herr Sommer bestätigt, dass die Anlage aus Kostengründen nur extensiv gepflegt werden könne (2*jährliches Mähen). Allerdings sei es aus seiner Sicht und auch für eine vielfältige Bepflanzung in der Stadt zur Erzeugung von Nachhaltigkeit wichtig, dass sich diese Bepflanzung weitgehend ohne pflegerischen Einfluss entwickeln könne.

Frau Becker befürchtet ohne Pflege eine Verwahrlosung der Anlage bzw. ein Durchsetzen der heimischen Arten.

Herr Markus schlägt dem Beirat vor, für die Maßnahme den erforderlichen Anteil von 12.500 € aus dem Stadtteilbudget vorzusehen und der Beirat fasst folgenden

Beschluss: Der Beirat Obervieland stimmt der anteiligen Finanzierung der geplanten Maßnahme mit 12.500 € aus dem Stadtteilbudget zu.

Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Nein, Herr Cürükkaya: Enthaltung, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Frau Hey: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Steinmeyer: Ja (Mehrheitliche Zustimmung, 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

TOP 4: Anhebung der Sitzungsgelder in der Beiratsarbeit (Beschlussantrag)

Herr Markus weist auf die bereits 6 Jahre zurückliegende letzte Erhöhung des Sitzungsgeldes sowie auf die Kostensteigerungen der letzten Jahre hin, die aus seiner Sicht eine Anhebung der Sitzungsgelder (von aktuell 25,00 € auf neu 35,00 € pro Sitzung) erforderlich machen. Er stellt einen Antrag vor, der sich an die Beirätekonferenz richtet und diese auffordert, die Senatskanzlei zu bitten, eine entsprechende Erhöhung in die Wege zu leiten.

Anschließend fasst der Beirat folgenden

Beschluss: Der Beirat Obervieland bittet die Beirätekonferenz, einen an die Senatskanzlei gerichteten Beschluss zu fassen, der diese auffordert, eine Anhebung der Pauschsätze nach § 1 Abs. 1 der VO über Pauschsätze nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter von derzeit 25,00 € auf zukünftig 35,00 € in die Wege zu leiten.

Begründung: Der Aufwand für Beiratsmitglieder ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Neben Fahrtkosten sind in der Pandemiezeit insbesondere die Anforderungen an die technische Ausstattung erheblich gewachsen. Beiratsmitglieder brauchen leistungsfähige Computer und/oder Tablett sowie zuverlässiges W-LAN in ihren Wohnungen um an digitalen Sitzungen teilnehmen und diesen angemessen folgen zu können. Die dadurch entstehenden Kosten müssen durch die Sitzungspauschale aufgefangen werden. Die Arbeit der ehrenamtlich arbeitenden Stadtteilparlamente muss an dieser Stelle auch finanziell abgesichert werden. Die letzte Anpassung der Sitzungsgelder ist im Jahr 2016 erfolgt. Aus den vorgenannten Gründen hält der Beirat Obervieland eine Erhöhung des Pauschbetrages daher für dringend geboten.

Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Enthaltung, Herr Cürükkaya: Enthaltung, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Frau Hey (online): Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, (Einstimmige Zustimmung, 11 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 5: Globalmittel:

- a) Bürgerhaus Obervieland, Projekt „Stadtteilkümer:innen, Antragssumme: 2.490,00 €, Beschlussempfehlung Fachausschuss Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 2.490,00 €
Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 2.490,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2022
Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Frau Hey (online): Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Steinmeyer: Ja (Einstimmige Zustimmung, 12 Ja-Stimmen, Herr Markus nimmt nicht an der Abstimmung teil)
- b) WSV „Hanse-Kogge“ e.V., Ferienfreizeit 23.-25. September, Antragssumme: 1.880,00 €, Beschlussempfehlung Fachausschuss Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 1.880,00 €

Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 1.880,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2022
Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Frau Hey (online): Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Steinmeyer: Ja (Einstimmige Zustimmung, 13 Ja-Stimmen)

- c) **Quartier, Projekt Fruits & Friends, Antragssumme: 1.500,00 €, Beschlussempfehlung
Fachausschuss Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 1500,00 €**

Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 1.500,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2022
Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Frau Hey (online): Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, (Einstimmige Zustimmung, 13 Ja-Stimmen)

- d) **Initiativantrag Beirat Obervieland, Festakt „60 Jahre Obervieland“, Antragssumme: 2.190,00 €,**

Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 2.190,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2022
Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Cürükkaya: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Danisch: Ja, Herr Faber: Ja, Frau Hey (online): Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Kovač: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Markus: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Sachs: Ja, Herr Steinmeyer: Ja, (Einstimmige Zustimmung, 13 Ja-Stimmen)

- e) **Initiativantrag Beirat Obervieland, 4. Treffen Runder Tisch KLDW, Antragssumme: 2.737,00 €**

Frau Dahnken schlägt vor, die mit diesem Treffen verbundene Ergebnispräsentation des Runden Tisches nicht analog der bisherigen Treffen des Runden Tisches, sondern stattdessen im Rahmen einer Beiratssitzung durchzuführen. Wenn dafür das Moderations-Team des Runden Tisches vorgesehen werden sollte, sollte zudem geprüft werden, ob dafür ein alternativer Finanzierungsweg (z.B. Übernahme Gesundheitsressort) in Frage komme.

Die anwesenden Beiratsvertreter am Runden Tisch **Frau Kovač, Herr Faber und Herr Nummensen** halten eine Durchführung im bisherigen Format grundsätzlich für zielführender, lehnen eine Durchführung im Beiratsformat aber nicht grundsätzlich ab. Dann sollte dies jedoch in Form einer Sondersitzung bei gleichzeitiger Beteiligung des bisherigen Moderations-Teams geschehen.

Herr Markus schlägt vor, die Entscheidung über den Initiativantrag auf die Oktobersitzung des Beirates zu vertagen und bis dahin alternative Finanzierungs- und Veranstaltungsformen für die Abschlussveranstaltung zu prüfen.

Im Gremium besteht Konsens zum Vorschlag von Herrn Markus und der Antrag wird bis zur Oktobersitzung des Beirates zurückgestellt.

Der Sitzungsleiter sagt zu, den Sachverhalt auf dem anstehenden 3.Treffen des Runden Tisches am 29.09.2022 anzusprechen.

TOP 6: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten (vorab über office@oaobervieland.bremen.de oder während der Sitzung über die Chat-Funktion)

Ein Bürger sieht für das westliche Ufer des Krimpelsees noch Bedarf für zusätzliche Sitzbänke. Am Ostufer seien vor einiger Zeit entsprechende Ergänzungen vorgenommen worden – das Westufer sei dabei allerdings vollständig ausgespart worden.

→ Das Ortsamt sagt eine Aufnahme des Sachverhalts für die Beiratsarbeit zu.

Ein weiterer Bürger weist auf das bestehende Streckengebot 30 in der Alfred-Faust-Straße hin. Dabei seien sowohl auf der Seite zur Theodor-Billroth-Straße hin, als auch am anderen Ende zum Kreisel hin Bereiche des Straßenzuges nicht berücksichtigt worden. Der besseren Übersichtlichkeit wegen hätten man aus seiner Sicht den gesamten Straßenzug hier einbeziehen sollen. Zudem sein insbesondere im Bereich der Kita und Grundschule eine Geltungsdauer von 6.00 bis 22.00 Uhr vorgesehen worden. Dies mache nach seiner Einschätzung mit Blick auf die tatsächlichen Betriebszeiten der Einrichtungen keinen Sinn.

Der Sitzungsleiter erklärt, den gesamten Straßenzug zu berücksichtigen decke sich auch mit der Beschlusslage des Beirates. Dieser sei das Amt für Straßen und Verkehr allerdings nicht gefolgt und habe den nun vor Ort umgesetzten 510 Meter-Bereich angeordnet. Bei den Geltungszeiten der Streckengebote 30 vor sozialen

Einrichtungen habe das Amt zudem eine stadteinheitliche Regelung schaffen wollen und diese auf den angesprochenen Zeitraum von 6.00 bis 22.00 Uhr festgesetzt.

TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

15.09.2022: Spatenstich Umgestaltung Cato-Bontjes-van-Beek-Platz

28.09.2022: Gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse Bau/Umwelt und Bildung/Jugend/Kultur/Sport

01.10.2022: Festakt „60 Jahre Obervieland“

04.10.2022: Fachausschuss Soziales, Arbeit, Inklusion und soziale Fördergebiete

11.10.2022: Beiratssitzung

Sitzungsleitung
gez. Radolla

Beiratssprecher
gez. Markus

Protokoll
gez. Dorer



Antrag

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert, § 1 Abs. 1 der Verordnung über Pauschsätze nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter dahingehend zu ändern, dass der Betrag für die Teilnahme an Sitzungen schnellstmöglich von bisher 25,00 € auf 35,00 € angehoben wird.

Begründung:

Der Aufwand für Beiratsmitglieder ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Dazu sind die Fahrtkosten und die Kosten für Druckmaterial ebenfalls stark erhöht. Die Anforderungen an die digitale Ausrüstung der Beiratsmitglieder ist gerade in den Pandemiezeiten erheblich gewachsen. Beiratsmitglieder brauchen leistungsfähige Computer und/oder Tablets sowie zuverlässiges WLAN in ihren Wohnungen, um den Sitzungen folgen zu können. All das verursacht Kosten, die durch die Sitzungspauschale abgegolten werden müssen. Dazu ist es wichtig zu wissen, dass die letzte Erhöhung des Sitzungsgeldes im September 2016 erfolgt ist.

Eine funktionierende Demokratie in den Stadt- und Ortsteilen muss auch finanziell durch den Senat abgesichert werden. Daher ist eine Erhöhung des Pauschbetrags dringend geboten.

Blumenthal, d. 27.05.2022

Brigitte Dettmer und Marcus Pfeiff für die Fraktion der SPD